



► Nr. VO/2018/06272
öffentlich

Lübeck, 14.08.2018

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
2.500 - Soziale Sicherung

Bearbeitung: Jasmin Orminski (E-Mail: jasmin.orminski@luebeck.de Telefon: 122-6449)

Vorlage zur Festsetzung einer Benutzungs- und Gebührensatzung für die Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
22.08.2018	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
04.09.2018	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Vorberatung
11.09.2018	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
27.09.2018	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 2 beigefügte Benutzungs- und Gebührensatzung für die Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck wird beschlossen.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:

Ergebnis:

- 1.300 – Bereich Recht – Stellungnahme eingearbeitet
- 1.201 – Haushalt und Steuerung – Kenntnis genommen

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt:

Ja
 Nein

Begründung:

Kinder und Jugendliche sind nicht direkt betroffen.

Die Maßnahme ist:

neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch:
Kommunalabgabengesetz

Finanzielle Auswirkungen:

Nein
 Ja (Anlage 1)

Begründung:

Gemäß der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein dürfen Benutzungsgebühren nur aufgrund einer Satzung erhoben werden.

Mit Beschluss der Benutzungs- und Gebührensatzung soll Rechtssicherheit geschaffen werden.

Bisher gab es für die Übergangswohneinrichtungen keine Benutzungs- und Gebührensatzung. Zur Zeit werden die Kosten für die Unterbringung in den Übergangswohneinrichtungen mit 12,00 € pro Person und Tag über den jeweiligen Leistungsträger bzw. mit den Personen mit eigenem Einkommen ohne Bezug von Transferleistungen direkt abgerechnet. Diese Erträge werden dem Aufwandskonto 315001.000.5458000 zur Deckung der verauslagten Kosten für Miete und Nebenkosten der Übergangswohneinrichtungen gutgeschrieben.

In den Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck waren zum Stichtag 01.07.2018 insgesamt 1.598 Personen untergebracht. Davon waren 759 Personen aus dem Rechtskreis AsylbLG, 750 Personen aus dem Rechtskreis SGB II, 9 Personen aus dem Rechtskreis SGB XII und 80 Personen mit eigenem Einkommen ohne Bezug von Transferleistungen untergebracht.

Die bisherige Praxis, die tatsächlich anfallenden Kosten für Miete und Nebenkosten der Übergangswohneinrichtungen von z.Zt. 12,00 € pro Person und Tag abzurechnen, übersteigt bereits ab einem Zwei-Personen-Haushalt den von der Hansestadt Lübeck festgesetzten Höchstbetrag der anzuerkennenden Unterkunftskosten bei Transferleistungsempfängern. Im Zuge der Gleichbehandlung wird für die Benutzungsgebühr daher die derzeit geltende Mietobergrenze der Hansestadt Lübeck zu Grunde gelegt. Darüber hinaus bietet dies den Personen, die eigenes Einkommen erzielen, z.B. durch Arbeitsaufnahme, die Möglichkeit, unabhängig von Transferleistungen zu leben.

Auf Grund dessen entsteht eine Differenz zu den tatsächlich anfallenden Kosten für Miete und Nebenkosten. Dieses führt zu Mindererträgen, die sich wie folgt auf die Haushaltsjahre auswirken:

4. Quartal 2018: Mindererträge von ca. 538.000,00 €

Jahr 2019: Mindererträge von ca. 1.886.000,00 €

Die Mindererträge werden sich in den Folgejahren auf Grund von rückläufigen Flüchtlingszahlen und der Aufgabe von Übergangswohneinrichtungen voraussichtlich verringern.

Anlagen:

Anlage 1 - Finanzielle Auswirkung

Anlage 2 - Benutzungs- und Gebührensatzung

Senator Sven Schindler

2. Verfahrensübersicht – Finanzielle Auswirkungen

KONSUMTIV

Finanzielle Auswirkungen in €	2018	2019	2020	2021
Erträge	958.000,00	3.200.000,00	2.700.000,00	2.200.000,00
Aufwendungen	-1.496.000,00	-5.086.000,00	-4.323.000,00	-3.674.000,00
Saldo Ergebnisplan	-538.000,00	-1.886.000,00	-1.623.000,00	-1.474.000,00
Einzahlungen	958.000,00	3.200.000,00	2.700.000,00	2.200.000,00
Auszahlungen	-1.496.000,00	-5.086.000,00	-4.323.000,00	-3.674.000,00
Saldo Finanzplan	-538.000,00	-1.886.000,00	-1.623.000,00	-1.474.000,00

2018	Ergebnisplan	Finanzplan		
Mittel veranschlagt			Ergebnisplan Gesamtlaufzeit	Finanzplan Gesamtlaufzeit
Zusätzl. zu ordnen	X	X		
Haushaltsbelastend	X	X	X	X
Haushaltsentlastend				
Haushaltsneutral				

Haushaltsjahr	Produktsachkonten		Ergebnisplan Betrag in €
	Bezifferung	Bezeichnung	
2018			
(Minder) Erträge:			
(Mehr) Erträge:	315001.4321000	Soziale Einrichtungen und Angebote - Benutzungsgebühren u. ähnl. Entg	958.000,00
(Minder) Aufwendungen:			
(Mehr) Aufwendungen:	315001.5458000	Soziale Einrichtungen und Angebote - Erst. f. Aufw. v. Dritten übrige Ber.	-1.496.000,00
		Saldo Ergebnisplan	-538.000,00

	Produktsachkonten		Finanzplan Betrag in €
	Bezifferung	Bezeichnung	
(Minder) Einzahlungen:			
(Mehr) Einzahlungen:	315001.6321000	Soziale Einrichtungen und Angebote - Benutzungsgebühren u. ähnl. Entg	958.000,00
(Minder) Auszahlungen:			
(Mehr) Auszahlungen:	315001.7458000	Soziale Einrichtungen und Angebote - Erst. f. Aufw. v. Dritten übrige Ber.	-1.496.000,00
		Saldo Finanzplan	-538.000,00

**Benutzungs- und Gebührensatzung
für Übergangswohneinrichtungen der Hansestadt Lübeck zur
ordnungsrechtlichen Unterbringung gem. dem Asylgesetz (AsylG)
i.V.m. dem Landesaufnahmegesetz (LAufnG), dem
Bundesvertriebenengesetz (BVFG) und dem Aufenthaltsgesetz
(AufenthG)
vom . .2018**

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein und der §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein, wird nach Beschlussfassung der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck vom . . folgende Satzung erlassen:

§ 1 Unterkünfte

(1) Die Hansestadt Lübeck unterhält zur vorübergehenden Unterbringung

- a) von ausländischen Flüchtlingen gemäß § 50 Abs. 4 AsylG i.V.m. § 1 LAufnG in der jeweils geltenden Fassung,
- b) von ausländischen Flüchtlingen, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) oder dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) in der jeweils geltenden Fassung erhalten bzw. über Einkommen oder Vermögen verfügen und
- c) von Spätaussiedlern nach den Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge BVFG sowie von jüdischen Migranten nach dem Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und über die Integration von Ausländern im Bundesgebiet Zuwanderungsgesetz - AufenthG in der jeweils geltenden Fassung,

Übergangswohneinrichtungen - nachfolgend Unterkünfte genannt – als öffentliche Einrichtungen.

(2) Das Benutzungsverhältnis ist öffentlich-rechtlich.

(3) Die Hansestadt Lübeck bedient sich aufgrund vertraglicher Vereinbarung für das Betreiben der Unterkünfte und die Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner externer Dritter.

§ 2 Benutzungsverhältnis

(1) Die Unterkunft dient der Verhinderung oder Beseitigung der Wohnungslosigkeit und der vorübergehenden Unterbringung der von § 1 erfassten Personen.

- (2) Über die Belegung der Unterkünfte entscheidet die Hansestadt Lübeck nach pflichtgemäßem Ermessen. Sie ist berechtigt, im Rahmen der Kapazitäten und der Sicherung einer geordneten Unterbringung bestimmte Wohnräume nach Art, Größe und Lage zuzuweisen. Ein Anspruch auf die Zuweisung einer bestimmten Unterkunft besteht nicht.
- (3) Die Betreiber erlassen in Abstimmung mit der Hansestadt Lübeck eine Hausordnung, die Näheres zur Benutzung, zum Hausrecht und zur Ordnung in den Unterkünften regelt.
- (4) Der Wohnraum in der Unterkunft wird durch schriftlichen Bescheid durch die Hansestadt Lübeck zugewiesen. Den benutzungsberechtigten Personen kann jederzeit das Recht für die Benutzung der Unterkunft widerrufen bzw. ihnen können andere Unterkünfte zugewiesen werden.

§ 3 Gebührenpflicht und Gebührenehöhe

- (1) Die Hansestadt Lübeck erhebt für die Benutzung der Unterkünfte Benutzungsgebühren.
- (2) Berechnungsgrundlage für die Höhe der Benutzungsgebühr ist der Mietaufwand zuzüglich Nebenkosten sowie Strom- und Heizkosten. Die monatliche Benutzungsgebühr beträgt danach 360,- Euro für alleinstehende Personen.
- (3) Gemäß der geltenden Richtlinien der Hansestadt Lübeck für die Angemessenheit von Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II und § 35 SGB XII wird die entsprechende Mietobergrenze für Mehrpersonenhaushalte als Benutzungsgebühr in der jeweils geltenden Fassung zu Grunde gelegt. Für die betroffene Personenzahl eines untergebrachten Familienverbandes liegt die Benutzungsgebühr zur Zeit bei:

Anzahl Personen	Mietobergrenze	Heiz- und Stromkostenzuschlag	Benutzungsgebühr
2	440,- €	10,- € + 50,- € = 60,- €	500,- €
3	535,- €	15,- € + 60,- € = 75,- €	610,- €
4	635,- €	20,- € + 69,- € = 89,- €	724,- €
5	710,- €	25,- € + 79,- € = 104,- €	814,- €
6	860,- €	30,- € + 88,- € = 118,- €	978,- €

- (4) Für Bedarfs- und Einstandsgemeinschaften mit sieben und mehr Personen ist eine Einzelfallentscheidung zu treffen.
- (5) Bei der Berechnung für einen Teil des Monats wird für jeden Tag der Nutzung 1/30 der monatlichen Gebühr zugrunde gelegt.

§ 4 Festsetzung der Gebühren, Dauer der Gebührenpflicht und Fälligkeit

- (1) Die Benutzungsgebühren werden durch schriftlichen Gebührenbescheid von der Hansestadt Lübeck festgesetzt.

- (2) Die Gebührenpflicht beginnt mit dem Tag der Einweisung und endet am Tag des tatsächlichen Auszugs.
- (3) Die Benutzungsgebühr ist monatlich im Voraus fällig und spätestens bis zum dritten Werktag eines Monats auf eines der Konten der Hansestadt Lübeck unter Angabe des jeweiligen Kassenzeichens zu entrichten.
- (4) Eine vorübergehende Abwesenheit entbindet nicht von der Verpflichtung zur Gebühreuzahlung.

§ 5 Gebührenschuldner

- (1) Gebührenschuldner sind die eingewiesenen Personen. Haushaltsvorstände sind Gebührenschuldner für sich und ihre unterhaltsberechtigten Angehörigen.
- (2) Die Abrechnung der Benutzungsgebühren erfolgt grundsätzlich direkt mit den Leistungsträgern, es sei denn die Gebührenschuldner verfügen über Einkommen und/oder Vermögen. In diesem Fall endet die Direktabrechnung mit dem Ende des Monats, in dem die Leistung eingestellt wird.

§ 6 Mitwirkungspflichten

- (1) Veränderungen im Familienstand oder in der Größe einer Gemeinschaft von Benutzungsberechtigten, insbesondere durch Geburt oder Todesfall, sind dem Bereich Soziale Sicherung der Hansestadt Lübeck unverzüglich anzuzeigen.
- (2) Umstände, die zur Beendigung des Benutzungsverhältnisses berechtigen, wie die Anmietung einer eigenen Wohnung, sind dem Bereich Soziale Sicherung der Hansestadt Lübeck unverzüglich mitzuteilen.
- (3) Änderungen in den wirtschaftlichen Verhältnissen aufgrund von Einkommen und/oder Vermögen sind unverzüglich anzugeben und nachzuweisen, hierzu zählt insbesondere die vollständige oder teilweise Einstellung von Sozialleistungen aufgrund einer Arbeitsaufnahme bzw. auch die Wiederaufnahme von Zahlungen durch einen Leistungsträger.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am . . . in Kraft.